



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 090-2021
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2021.RRGR.148

Eingereicht am: 26.05.2021

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Walpoth (Bern, SP) (Sprecher/in)
Sancar (Bern, Grüne)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Nein 10.06.2021

RRB-Nr.: vom
Direktion: Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

Gesundheitsvorsorge bei Migrantinnen und Migranten im Kanton Bern

Verglichen mit der einheimischen Bevölkerung beschreiben Migrantinnen und Migranten, die seit längerer Zeit in der Schweiz leben, ihren eigenen Gesundheitszustand als schlechter. Kürzlich Eingewanderte weisen einen besseren Gesundheitszustand auf als jene, die seit längerem in der Schweiz leben. Unter ihnen sind die Frauen und die Älteren gesundheitlich besonders belastet.

Nebst allgemeinen Faktoren, die bei der Gesamtbevölkerung einen Einfluss auf die Gesundheit haben (Ausbildungsniveau, Erwerbstätigkeit usw.), gibt es auch migrationsspezifische Faktoren, die einen Teil der Unterschiede zwischen Einheimischen und Migrationsbevölkerung erklären. So gehen beispielsweise gute Sprachkompetenzen oder das Wissen über das Gesundheitssystem mit einem besseren Gesundheitszustand einher. Von besonderer Bedeutung ist dies für Anliegen der Gesundheitsvorsorge, unter anderem Prävention in den Bereichen Ernährung, Bewegung, Familie, Suchtprävention. Stets muss besonders Sorge getragen werden, dass Migrantinnen und Migranten die Anliegen der Gesundheitsvorsorge erfahren und verstehen, dass sie aber auch Raum haben, ihre eigenen Anliegen betreffend ihre Gesundheit anzubringen.

Das gilt insbesondere für Migrantinnen und Migranten mit wenig Sprachkenntnissen und einem dadurch erschwerten Zugang zu Medien und öffentlichen Diskussionen. Damit Anliegen der Gesundheitsvorsorge bei ihnen ankommen, braucht es besondere Massnahmen, wie beispielsweise Vermittlerinnen und Vermittler (Mediatorinnen/Mediatoren), vor allem aber auch die Zeit, um die Anliegen der Prävention gut erläutern zu können. Zugewanderte mit Mediationsfunktion sind in der Gemeinschaft ihrer Landsleute und deren Vereinigung gut vertreten und können diesbezüglich auch aufgeboten werden.

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Denkt der Regierungsrat auch, dass in der öffentlichen Gesundheitsvorsorge bezüglich bestimmter Migrationsgruppen ein Nachholbedarf besteht?
2. Wenn ja: Wie kann er die Zusammenarbeit im Kanton Bern mit Migrantinnen und Migranten sowie ihren Organisationen in den Anliegen der Gesundheitsvorsorge erweitern und vertiefen?
3. Wie können Mediatorinnen und Mediatoren mit Migrationshintergrund gezielt für den Einsatz in der Gesundheitsvorsorge im Kanton Bern weitergebildet werden?

Begründung der Dringlichkeit: Aufgrund der Corona-Pandemie hat das Thema Gesundheitsvorsorge eine hohe Aktualität gewonnen. Unter den gefährdeten Gruppen sind zudem viele Frauen einem zusätzlichen, wirtschaftlichen Druck ausgesetzt, weil sie in den von der Krise betroffenen Billiglohnssektoren arbeiten.

Verteiler

– Grosser Rat